

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Postbestellungen nehmen zu gegen. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Verlagspreis: die 4-spaltige Raumerfüllung 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf. pfeilige, die 4-spaltige Raumerfüllung im täglichen Teil 1 RM. Nachdruckgebühr 20 Kpf. pfeilige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 232 — 92. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 4. Oktober 1933

Auf dem Marsch aus der Krise.

Vor kurzem sah sich die Reichsregierung genötigt, in scharfer Form allerhand Verdächtigungen entgegenzutreten, die im Auslande über die Richtigkeit der deutschen Mittellagen wirtschaftsstatistischer Art verbreitet wurden. Man bezweifelte dort die Angaben des Deutschen Statistischen Reichsamtes sowohl über die Entwicklung unseres Außenhandels als auch über den Rückgang der Arbeitslosigkeit und ganz allgemein über den Erfolg der Regierungsmaßnahmen im Kampf gegen die Krise. Auch wenn man solche Verdächtigungen des Auslandes scharf auf Ablehnen und eine sehr bewusste Herabsetzung dieses Erfolges zurückführen kann, so ist es trotzdem wertvoll, wenn man das Ausland auch einmal zugeben muß, daß besonders der Kampf der deutschen Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit zu beträchtlichen Erfolgen geführt hat. Das Genfer Internationale Arbeitsamt nämlich, das keineswegs von irgendwelcher Deutschfeindschaft erfüllt ist — erst die letzte Internationale Arbeitskonferenz in Genf zeigte deutlich die antideutsche Einstellung —, veröffentlicht nun selbst eine Statistik über die Entwicklung der Weltarbeitslosigkeit in den drei letzten Monaten. Auch jetzt wieder muß das Internationale Arbeitsamt erklären, daß „besonders in Deutschland“ in der Zahl der statistisch feststellbaren Arbeitslosen erhebliche Rückgänge zu verzeichnen seien. Zugabe wird ferner, daß in Deutschland gegenüber dem September vergangenen Jahres nur die Arbeitslosenziffer für den September 1933 einen Rückgang von über einer Million aufweise. Gewiß ist auch in einer Reihe anderer Staaten die Arbeitslosenziffer mehr oder weniger stark gesunken, aber dem steht andererseits auch ein Ansteigen dieser Ziffer im Vergleich zum Sommer vorigen Jahres gegenüber, zum Beispiel in Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Dabei sei hier noch an die Feststellung des Internationalen Arbeitsamtes erinnert, daß bereits im Frühjahr dieses Jahres in Deutschland ein auffallend harter Rückgang der Erwerbslosigkeit eingetreten sei, während in derselben Zeit die Weltarbeitslosigkeit noch im Steigen begriffen war.

Aber nicht nur das Genfer Arbeitsamt darf die Behauptung wagen, daß „zum ersten Male seit Beginn dieser Krise in der Weltwirtschaft eine leichte Besserung festzustellen“ sei, sondern auch der Wirtschaftsausschuß der Völkerbundversammlung — also auch eine gewissermaßen neutrale Organisation — sieht auf dem Standpunkt, daß eine allmähliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht mehr bestritten werden könne. Als Beweismaterial dafür wird die Zunahme der industriellen Erzeugung gegenüber dem Vorjahre herangezogen und dabei schließen natürlich die Vereinigten Staaten mit einem 70prozentigen Anwaschen ihrer Erzeugung den Vogel ab; andererseits war diese Erzeugung im vergangenen Jahre auf einen unglaublich niedrigen Stand gesunken, der verhältnismäßig noch tiefer lag als dies bei uns der Fall war. Für die industrielle Erzeugung in Deutschland selbst nun nimmt das Internationale Arbeitsamt ein Anwaschen von 18 Prozent an. Das deutet sich auch wieder mit Feststellungen, die von der deutschen Reichsregierung wiederholt gemacht worden sind, — und so liegt denn auch darin wieder der Beweis dafür, daß die Anzweiflung der entsprechenden amtlichen Mittellagen unserer Regierung so unberechtigt wie nur möglich gewesen ist.

Und schließlich hat der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes noch darauf hingewiesen, daß zum erstenmal seit Beginn der Krise eine Zunahme auch des zwischenstaatlichen Güterausstausches, des Welt Handels, eingetreten sei; er habe sich gegenüber dem Vorjahre um etwa zehn Prozent ausgedehnt. Leider besagt das aber noch nicht, daß die Entwicklung in dieser Weise auch weitergehen wird! Die Irrungen und Wirrungen, die namentlich durch die Währungsentwertungen hervorgerufen wurden, und in letzter Zeit nur noch schlimmer geworden sind, müssen sich ja einer wirklich günstigen Entwicklung des Güterausstausches zwischen den Völkern entgegenstellen. Vor allem sind diese Währungsexperimente, von denen sich Deutschland so fern wie nur möglich hält, immer „Kampfsprünge“ gewesen, die nur eine kurze sehr unnatürliche Verschleppung des wirtschaftlichen Pulschlags hervorriefen. Aber selbst wenn man mit Recht jetzt annehmen kann, daß in der Weltwirtschaft und bei den einzelnen Völkern die Wirtschaftslage besser geworden ist und die Arbeitslosigkeit daher mehr oder minder zurückging, so darf dabei nicht vergessen werden, daß der jahrelange Marsch in die Krise hinein leider viel zu lange gedauert hat, als daß nun eine kurzfristige Wiederherholung möglich sein könnte.

Lies Deine Heimatzeitung, Das Wilsdruffer Tageblatt

Deutscher Vorstoß für die Minderheiten

Rede des deutschen Vertreters vor dem Völkerbund.

Der deutsche Vertreter in Genf, Gesandter von Keller, hielt im Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung bei der Aussprache über die Minderheitenfrage eine in allen internationalen Kreisen mit Spannung erwartete große Rede, die den grundsätzlichen Standpunkt des neuen Deutschland zum Minderheitenproblem in aller Breite aufrollt. Die Aussprache erfolgte auf Grund eines besonderen Antrages der deutschen Abordnung, im Rahmen der Völkerbundversammlung das Minderheitenproblem und besonders den völlig ungenügenden Minderheitenschutz des Völkerbundes zur Behandlung zu stellen.

In letzter Zeit, so führte Gesandter von Keller u. a. aus, hätten die Minderheiten

empfindliche Schädigungen,

besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete in einem Maße erlitten, wie es in den Jahrzehnten der Vorkriegszeit trotz aller nationalen Spannungen nicht bekannt war. Von besonderer Bedeutung sei die immer noch bestehende Tendenz zu einer mehr oder weniger erzwungenen Angleichung fremder Minderheiten durch das Mehrheitsvolk. Gesandter von Keller zitierte in diesem Zusammenhang die bekannten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, daß das deutsche Volk in Treue an seinem eigenen Volkstum hänge und sich mit den in aller Welt lebenden Deutschen unlässiglich innerlich verbunden fühle. „Wir kennen nicht den Begriff des Verbannens, wir wehren uns aber auch gegen jeden Versuch, Deutschland zu entnationalisieren.“

Gesandter von Keller ging in diesem Zusammenhang auch auf die Judenfrage ein. Es handle sich hierbei in Deutschland in erster Linie um ein bevölkerungspolitisches und soziales Problem, das auch eine besondere Lösung werde erfahren müssen.

Nach der Rede des deutschen Vertreters kam es zu einer großen politischen Aussprache über die Minderheitenfrage, die von der Gegenseite zu kaum verschleierte Angriffen gegen Deutschland

in der Judenfrage benutzt wurde. Hier tat sich besonders der Franzose Berenger hervor. Der schwedische Außenminister Sandler betonte, im Hinblick auf die Ereignisse in gewissen europäischen Ländern sei jetzt eine grundsätzliche Regelung des Minderheitenschutzes notwendig

geworden. Der Redner kündigte praktische Vorschläge an.

Der Vertreter Polens brachte eine Entschließung ein, die die Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf sämtliche Minderheiten und Übernahme der gleichen Minderheitenschutzverpflichtungen durch sämtliche Staaten forderte. Der polnische Vertreter erklärte, er müsse die Notwendigkeit der Kritik und der Vorbehalte gegenüber den deutschen Ausführungen betonen.

Es ist grotesk, wenn ausgerechnet der in der Minderheitenfrage am meisten belastete Staat Polen einen derartigen Antrag stellt. Polen spielt hier das Spiel Frankreichs, von dem es wahrscheinlich vorgeführt ist. Zweck dieser abgeklärten Sache ist, die Genfer Debatten von den großen entscheidenden Fragen der Abrüstung und der Gleichberechtigung abzulenken und Deutschland durch tendenziöse Auseinandersetzungen in der Judenfrage Schwierigkeiten zu machen. Es kann nur lächerlich wirken, wenn der Völkerbund, der seit vierzehn Jahren u. a. den polnischen und den litauischen Terror gegen die deutsche Minderheit tatlos mißsieht, ja sogar entgegen seinen ausdrücklichen Vertragsverpflichtungen stillschweigend blickt, sich plötzlich zum Schützer der Juden aufwerfen wollte, nur weil Deutschland Herr im eigenen Hause sein will.

Marxistischer Anschlag auf Dr. Dollfuß

Der österreichische Bundeskanzler angeschossen.

Von einem entlassenen Gefreiten.

Auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß wurde am Dienstag ein Anschlag verübt, bei dem er durch einen Brust- und einen Armschuß verletzt wurde. Das Attentat geschah beim Parlament, als sich der Bundeskanzler zu den Beratungen des Christlich-sozialen Klubs begeben wollte. Der Täter wurde verhaftet.



Bundeskanzler Dr. Dollfuß.

Der Mann, der den Anschlag verübte, ist ein entlassener Gefreiter des österreichischen Bundesheeres. Er stand, als der Bundeskanzler eintraf, neben mehreren Witzstellern auf dem Korridor des Parlaments. Als Dr. Dollfuß an ihm vorüberging, versuchte er, ihm eine

Witzstift

zu überreichen, die ihm der Dr. Dollfuß begleitende

Kriminalbeamte abnahm. Der Mann trat hierauf einige Schritte zurück und gab auf den Bundeskanzler zwei Schüsse ab.

Nur eine ungefährliche Fleischwunde.

Der Bundeskanzler, der sich in die Klinik begeben hatte, wurde dort genau untersucht. Die ärztlichen Feststellungen ergaben einen

Durchschuß des Oberarms.

Der Knochen ist nicht berührt. Die zweite Kugel hatte nur die Kleidungsstücke durchschlagen. Nachdem die Wunde verbunden worden war, begab sich Dollfuß in seine Wohnung. Er führt die Regierungsaffäre weiter.

Der 23jährige Attentäter wurde auf der Wachtstube einem ersten Verhör unterzogen. Die Antworten, die er gibt, sind vollkommen wahr. Die benutzte Waffe ist ein 6,5-Millimeter-Revolver, der angeblich nur zwei Patronen enthalten hat.

Unmittelbar nach dem Anschlag hatten sich mehrere Abgeordnete und die übrigen Anwesenden auf den Attentäter gestürzt und ihn verprügelt. Erst mit Mühe gelang es zwei Wachtleuten, ihn in Sicherheit zu bringen.

Aus den ersten Angaben des Täters Derrill geht das eine deutlich hervor, daß er

kein Nationalsozialist

ist. Er erklärte: „Ich bin kein Nationalsozialist; im Gegenteil, ich bin politisch indifferent.“ Er habe das Attentat gemacht, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich und seine „politischen Fähigkeiten“ zu lenken. Er bestreitet die Mordabsicht.

Wie es ein Augenzeuge sah.

Ein Augenzeuge schildert den Anschlag auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß folgendermaßen: Der Bundeskanzler war schon die Stufen zum Vestibül des Parlaments herabgestiegen, als der entlassene Gefreite des Bundesheeres ein Gefuch überreichte. Gleich darauf knallten die beiden Schüsse. Der Bundeskanzler öffnete den Rock mit den Worten:

„Ich bin durchschossen!“

Am Oberarm sah man einen blutigen Fleck. Die zweite Kugel, die gegen die Brust abgefeuert worden war, ist abgeprallt. Sie wurde im Vestibül aufgefunden.